

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BSS/035(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 13.06.2017	Hansesaal	16:30 Uhr	19:15 Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.05.2017
- 4 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2016 I0105/17
- 5 Sachstand zur Optimierung von Schulbezirken  
BE: FB 40
- 6 Beschulung von Migranten  
BE: FB 40
- 7 Aktivitäten im Sportbereich  
BE: FB 40
- 8 Auswertung Bildungskonferenz  
BE: FB 40

- 9 Stand Umsetzung Neubau und Sanierung von Schulen  
BE: FB 40, KGm
- 10 Zusammenarbeit STER mit Verwaltung und Ausschuss  
BE: FB 40
- 11 Informationen
- 11.1 Erinnerungstafel für die Hermann-Gieseler-Halle I0152/17
- 11.2 Information zur Erstattung der Fahrtkosten für Magdeburger  
Schulen - I0148/17
- 12 Verschiedenes
- 13 Nichtöffentliche Sitzung
- 13.1 Genehmigung der Niederschrift vom 16.05.2017

Anwesend:

**Vorsitzender**

Bernd Heynemann

**Mitglieder des Gremiums**

Gunter Schindehütte

Christian Hausmann

Günther Kräuter

Hans-Joachim Mewes

Jürgen Canehl

Dennis Jannack i. V. SR Wendenkampf

**Sachkundige Einwohner/innen**

Dr. Joachim Köhler

Dr. Frank Thiel

**Geschäftsführung**

Diana Dreyer

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Oliver A. Wendenkampf

**Sachkundige Einwohner/innen**

Anke Jäger

---

 Öffentliche Sitzung
 

---

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
 

---

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 7 Stadträte anwesend. Er begrüßt die Verwaltung, die anwesenden Gäste, Herrn Pischner und die sachkundigen Einwohner – hier besonders Herrn Dr. Thiel, der ab sofort als neuer sachkundiger Einwohner an den Sitzungen des BSS teilnimmt.

 2. Bestätigung der Tagesordnung
 

---

**Der Vorsitzende** schlägt vor, dass die Information 0105/17 auf TOP 4 vorgezogen wird, da Herr Pischner anschließend noch am FG teilnimmt.

Die geänderte Tagesordnung wird mit **7:0:0 Stimmen** genehmigt.

 3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.05.2017
 

---

Die Niederschrift wird mit **5:0:2 Stimmen** genehmigt.

 4. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2016  
 Vorlage: I0105/17
 

---

**Herr Pischner** bringt die Information ein. Er erläutert, dass es sich bereits um den 19. Bericht des Behindertenbeauftragten handelt. Zur besseren Vergleichbarkeit ist der Bericht in den letzten 10 Jahren in gleicher Weise aufgebaut. Herr Pischner geht in seinen Ausführungen speziell auf die Punkte zu den Themen Schule und Bildung ein.

**Herr Pischner** weist darauf hin, dass das „Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen“ am 16.12.16 im Bundesrat beschlossen wurde. Es trat in Teilen bereits am 01.01.17 in Kraft. Ebenso wurde das „Gesetz zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts“ verabschiedet, mit dem das Behindertengleichstellungsgesetz BGG aus dem Jahr 2002 novelliert wurde.

Nach der Statistik des Landesverwaltungsamtes lebten am 31.12.2016 in Magdeburg 18.318 Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung (Vorjahr 17.972). Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg von 1,9 %.

Der Anteil der Schwerbehinderten in Magdeburg lag bei 7,6 % (Vorjahr 7,5 %).

Nach der Auswertung des statistischen Bundesamtes mit Stand vom 31.12.15 lebten in Deutschland 7,6 Millionen anerkannte Schwerbehinderte. Dies sind 9,3 % der Bevölkerung. Damit liegt der Anteil der Betroffenen in Sachsen-Anhalt und speziell in Magdeburg nach wie vor signifikant unter dem Bundesdurchschnitt, was der alltäglichen Erfahrung und der demographischen Entwicklung offenkundig widerspricht.

Bekanntlich ist die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt aufgrund der Abwanderung von Jüngeren seit 1990 und des nach wie vor bestehenden Geburtendefizits älter und damit eigentlich stärker von Behinderungen betroffen als die anderer Bundesländer. Dafür spricht auch die hohe stationäre Pflegequote in Sachsen-Anhalt.

Die geringere Zahl anerkannter schwerbehinderter Magdeburger bzw. Sachsen-Anhalter könnte mit der zurückhaltenden Beantragung durch die Betroffenen und der tendenziell restriktiven Bewilligungspraxis des Versorgungsamtes erklärt werden.

Während infolge steigender Geburtenraten und des Zuzugs von außerhalb sowie von Flüchtlingsfamilien mit Kindern der Bedarf an Krippen- und Kindergartenplätzen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist und derzeit nur unter größten Anstrengungen (z.B. Neubau von Kindereinrichtungen) annähernd befriedigt werden kann, scheint der Bedarf an inklusiven Plätzen für Kinder mit Förderbedarf bzw. einer Behinderung derzeit gedeckt zu werden.

Die Zahl der Schüler mit Förderbedarf ist mit noch 1.029 Schülern zwar nach wie vor hoch, aber gegenüber dem Vorjahr um 56 gesunken (= 5,2 %). Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl liegt mit 5,0 % damit noch etwas über dem Bundesdurchschnitt (um 4 %).

Während an den drei Förderschulen für Lernbehinderte mit 378 nunmehr 73 Schüler weniger lernen, stieg die Zahl der Schüler an den drei Förderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung auf 332, also um 24 Schüler (+ 7,8 %).

Weiter zurück ging auch die Schülerzahl an der Förderschule „Anne Frank“ (Sprachliche Entwicklung) um 8 Schüler auf 106.

**Stadtrat Mewes** ist dankbar für den kritischen Umgang mit dem Begriff Inklusion. Er fragt nach, ob der Bericht auch den Landtagsfraktionen zur Verfügung gestellt wird. **Herr Pischner** informiert, dass der Bericht für alle auf der Internetseite der Stadt Magdeburg einzusehen ist.

**Der Vorsitzende** dankt Herrn Pischner für seine Aussagen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## 5. Sachstand zur Optimierung von Schulbezirken

---

**Herr Krüger** informiert, dass konkrete Zahlen im August vorgelegt werden können. Er verweist auf ein Schreiben der GS „Leipziger Straße“, nach dem für das Schuljahr 2018/19 keine Außenstelle benötigt wird.

**Stadtrat Jannack** weist auf eine Aufstellung hin, nach der in 11 Schulen die Sollstärke weit über der Kapazitätsgrenze liegt.

**Stadtrat Canehl** bezieht sich auf den in der letzten Sitzung des BSS gefassten Beschluss zur Grundschule „Am Grenzweg“ und schlägt vor, im Nachgang eine 4-Zügigkeit zu beschließen. Er war anlässlich der 20-Jahr-Feier der Schule mit der Schulleiterin ins Gespräch gekommen. Sie wies auch darauf hin, dass der Hort seit 2004 mit dem Filmstudio in die Räume gezogen ist. Kann die Nutzung durch den Hort reduziert werden?

Außerdem ist er irritiert über die falsche Darstellung in der Volksstimme. Wie geht die Verwaltung damit um? Gibt es bezüglich der Aufstellung von Herrn Jannack bereits eine Antwort des Oberbürgermeisters?

**Herr Krüger** weist noch einmal darauf hin, dass erst im August aussagefähige Zahlen vorliegen. Danach kann entschieden werden, wie es z. B. an der GS „Am Grenzweg“ weiter geht.

**Stadtrat Schindehütte** sieht dieses Problem nicht nur an der GS „Am Grenzweg“, sondern in der gesamten Stadt. Er erwartet dringend dazu im August Antworten durch die Verwaltung.

**Stadtrat Jannack** merkt an, dass besonders die nördlichen Stadtteile problematisch sind. Hier muss nicht nur für dieses Jahr, sondern auch perspektivisch geschaut werden, wie damit umzugehen ist. Er sieht hier den Bedarf einer zusätzlichen neuen Schule. Auch wechseln im Norden weniger Schüler zu freien Trägern.

Auch im Süden der Stadt ist z. B. die GS „Am Hopfengarten“ stark ausgelastet. Hier ist über eine sinnvolle Verteilung der Kinder zur GS „Lindenhof“ nachzudenken.

**Der Vorsitzende** fragt bei der Verwaltung nach, ob es einen Aufwuchs an Schülern gibt und wie die Situation mit Härtefällen aussieht.

**Herr Krüger** merkt an, dass noch abzuwarten ist, wie die Übergänge an freie Träger sind und wie hoch die Zahl der Verweiler ist. Zu den Härtefallentscheidungen informiert er, dass die Zahl sich im Rahmen der Vorjahre befindet.

**Bg IV** weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass belastbare Zahlen erst im August vorliegen werden. Danach kann eine Neuordnung detailliert zur Abstimmung gestellt werden.

**Stadtrat Canehl** ist ebenfalls der Meinung, dass in den Stadtteilen der Wechsel an freie Schulen unterschiedlich ist. Dies muss dringend betrachtet werden. Der Aufwuchs in Höhe von 6,5 % ist nicht wegzudiskutieren. Außerdem ist der Anteil von Verweilern an den Schulen größer, an denen mehr Migranten beschult werden.

Das Gebäude in der Moldenstraße sieht er nach wie vor für eine gute Entlastungsmöglichkeit an. Die Stadt sollte das Gebäude wieder als Schule nutzen.

Unmissverständlich weist er auch nochmals darauf hin, dass die Stadt nun endlich mit den drei Schulneubauten beginnen muss, so wie vom Stadtrat beschlossen.

**Herr Krüger** stellt richtig, dass der Wechsel an freie Schulen je Standort anhand der letzten Jahre eingerechnet wurde, nicht prozentual auf das gesamte Stadtgebiet bezogen. Allerdings kann auch das von Jahr zu Jahr stark variieren.

**Stadtrat Canehl** erwartet von der Verwaltung, dass die Zahlen unverzüglich nach deren Vorliegen den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden und nicht erst zur Sitzung des BSS am 15.08.2017.

**Herr Prof. Puhle** weist darauf hin, dass die Zahlen zuerst dem Oberbürgermeister vorgelegt werden müssen. Dies ist frühestens zur OB-DB am 01.08.17 möglich.

**Der Vorsitzende** beauftragt die Verwaltung, die aktuellen Zahlen und begleitende Erläuterungen bis zur OB-DB am 01.08.2017 vorzulegen und danach sofort den Mitgliedern des BSS zur Verfügung zu stellen. Spätestens mit der Einladung zur Sitzung des BSS am 15.08.17 sind die Zahlen vorzulegen.

## 6. Beschulung von Migranten

**Frau Andrae** informiert, dass eine aktuelle Übersicht vom Landesschulamt vorliegt. Diese wird der Niederschrift beigelegt. Sie merkt an, dass erstmalig 14 Schüler weniger aufgeführt sind.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass der Ausländeranteil an einigen Schulen sehr hoch ist und er fragt nach, ob ein Gespräch zur besseren Verteilung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Landesschulamt bereits stattgefunden hat.

**Herr Prof. Puhle** ergänzt, dass der OB nach Möglichkeit jede Gelegenheit nutzt, das Problem anzusprechen, nicht zuletzt auf der Bildungskonferenz.

**Herr Canehl** bittet darum, das Schulgesetz des Freistaates Sachsen dem Protokoll als Anlage beizufügen.

## 7. Aktivitäten im Sportbereich

**Frau Richter** informiert, dass die Vorbereitungen zur Handball-Weltmeisterschaft der Frauen im Dezember 2017 laufen. Die Verwaltung arbeitet hierzu mit starken Partner zusammen, wie etwa dem SCM, der MVGM und dem Handballverband Sachsen-Anhalt.

Mit dem Deutschen Handballbund konnte vereinbart werden, dass für den Presidents-Cup für Schulen und Vereine je 3.000 Tickets für einen Preis von 3,- EUR inkl. der Nutzung des ÖPNV bereitgestellt werden können.

In diesem Zusammenhang fragt **Herr Heynemann** nach, ob bis zur WM der Umbau der Getec-Arena erfolgt ist. **Herr Overmann, KGm**, informiert, dass derzeit die Planungen laufen, aber der Umbau nicht in diesem Jahr erfolgt.

**Frau Richter** informiert ebenfalls auf Nachfrage, dass zu den Special Olympics Deutschland verhandelt wurde, aber wegen zu geringer Übernachtungsmöglichkeiten der Zuschlag an Magdeburg nicht erteilt werden konnte. 3.500 bis 4.000 Betten (Magdeburg + Umland) hätten bereitgestellt werden können. Dies ist allerdings zu wenig. Eventuell ist es nach 2018 möglich, einzelne Sportarten in Magdeburg stattfinden zu lassen.

**Der Vorsitzende** übergibt Frau Richter eine an ihn gerichtete Beschwerde zu den Toiletten im Freibad Süd. **Frau Richter** informiert, dass die Beschwerde berechtigt ist. Es gab Probleme mit der Firma wegen der Lieferung der Sanitärcontainer. Mittlerweile sind die Container aufgestellt. Frau Richter beantwortet das Schreiben des Beschwerdeführers. **Stadtrat Schindehütte** dringt hier auf eine Lösung. Stationäre Toiletten-Anlagen wären die beste Lösung. **Frau Richter** informiert, dass die Lieferung der Sanitärcontainer ausgeschrieben wurde und bis 2019 läuft. Danach kann neu entschieden werden.

## 8. Auswertung Bildungskonferenz

---

**Herr Prof. Puhle** ist der Meinung, dass die Bildungskonferenz gut gelungen ist und sehr praxisbezogen war. Die Redebeiträge/Statements des Oberbürgermeisters und des Bildungsministers waren sehr qualifiziert. Vom Bildungsministerium bzw. vom Landesschulamt wären mehr Aussagen zum Konzept der Regierung zur Bildungspolitik wünschenswert gewesen. Über die Bildungskonferenz wird eine Dokumentation erstellt und verteilt.

**Herr Prof. Puhle** bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung und Durchführung der Konferenz. Es hat eine gute Resonanz gegeben. Wichtig ist, dass die Stadt mit den Schulen ins Gespräch gekommen ist.

Die Anfrage der Fraktion DIE LINKE, dass die Teilnahme von Lehrern an der Bildungskonferenz verhindert wurde, weist er als haltlos zurück. Es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass aus Kapazitätsgründen nicht mehr als 3 Lehrer pro Schule teilnehmen sollten. Es wäre aber auch darüber hinaus niemand abgewiesen worden.

**Stadtrat Mewes** bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung und Durchführung der Bildungskonferenz. Die Referate des OB's und des Ministers waren sehr interessant. Die Bildungskonferenz sollte regelmäßig wiederholt werden. Ihm persönlich ist allerdings ein Fall bekannt, bei der eine Lehrerin eingeladen worden sein soll.

**Stadtrat Canehl** kritisiert, dass es keine Möglichkeit gab, die Beiträge zu diskutieren. Dafür war zu wenig Zeit. Leider war aus seiner Sicht nicht die Frage der Kapazitäten der Schulen auf der Tagesordnung; dies war ursprünglich der Anstoß für die Konferenz.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass leider die bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen der Einladung nicht gefolgt sind. Die Bildungskonferenz ist eine gute Grundlage, auf der man aufbauen kann. Die nächste Konferenz sollte nach den Landtags- und Kommunalwahlen im Jahr 2020 stattfinden.

Auch er bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung.

**Herr Sengstock** informiert, dass insgesamt 70 Personen anwesend waren; darunter 33 Teilnehmer aus Schulen oder Horten bzw. Eltern und 5 Teilnehmer von freien Trägern.

## 9. Stand Umsetzung Neubau und Sanierung von Schulen

---

**Herr Overmann, KGm**, informiert zu folgenden Objekten:

### Förderschule Roggengrund

Die Ausführungsplanung ist fertig. Die Vergabe der Lose beginnt im Juli 2017.

Termine für die Grundsteinlegung und die Fertigstellung werden in der nächsten BSS-Sitzung benannt.

### Kobeltstraße

Das Vergabeverfahren für die Architekten wurde eingeleitet. Fördermittel wurden über das Programm „Soziale Stadt“ beantragt; Bescheide liegen noch nicht vor. Erst wenn der Bescheid eingegangen ist, kann ein Fertigstellungstermin benannt werden. **Frau Richter** weist darauf hin, dass bei diesem Förderprogramm 90 % der Mittel durch den Bund übernommen würden. Diese Chance sollte die Stadt auf keinen Fall auslassen. **Stadtrat Schindehütte** ist der Auffassung, dass der Zeitplan trotzdem einzuhalten ist. Die Mittel sind unabhängig vom Fördermittelstatus im Haushalt 2018 einzustellen. **Herr Overmann** informiert, dass man bei einer Europäischen Ausschreibung wie hier an Verfahrensschritte gebunden ist. Die vorbereitenden Maßnahmen wurden abgeschlossen.

**Stadtrat Canehl** wünscht eine Prüfung der 4-Zügigkeit der Schule.

### Brückfeld

Die Ausschreibung des Planervertrages ist in Vorbereitung. 80.000 EUR werden durch den FB 40 bereitgestellt; FB 02 hat Hilfe zugesagt.

### Ottersleben

Es liegen keine neuen Aspekte vor. Die Grundstücksfragen sind noch zu klären. Die Planungsmittel sind für 2018 beantragt.

### Berthold-Brecht-Schule

**Stadtrat Canehl** ist der Meinung, dass dieses Schulgebäude als eigenständige Schule wieder genutzt werden sollte. **Herr Krüger** erläutert, dass zunächst die Ernst-Wille-Schule das Gebäude als Ausweichobjekt nutzt, ab dem Schuljahr 2019/20 ist die Nutzung noch offen.

**Stadtrat Schindehütte** hält es für sinnvoll, jetzt schon einen Antrag zur Nutzung als eigenständige Schule beim Landesschulamt zu stellen. Daraufhin erläutert **Herr Krüger**, dass die Anforderungen für eine Genehmigung einer neuen Schule beim Landesschulamt noch nicht gegeben sind.

**Herr Overmann** informiert, dass die Sanierung der Schule im September 2017 beginnt, damit sie als Ausweichobjekt genutzt werden kann.

### Moldenstraße

Der Standort ist als Schulstandort der Landeshauptstadt Magdeburg zu erhalten. **Stadtrat Mewes** fragt nach, bis wann mit einer ersten Vorlage von Zahlen zu rechnen ist und wie die Umverteilung der Schüler dann aussehen könnte

**Herr Krüger** merkt an, dass abzuwarten ist, wie die einzelnen Schulformen sich entwickeln. Für das Jahr 2018 wird eine neue mittelfristige Schulentwicklungsplanung unter Beachtung der neuen Klassengrößen und der dann notwendigen Lehrerstunden erarbeitet. Erst mit der neuen mittelfristigen Schulentwicklungsplanung ist eine Aussage möglich, welche Schulform in der Moldenstraße sinnvoll ist. **Stadtrat Mewes** ist es wichtig, dass die Sanierung des Gebäudes parallel läuft. Der Standort ist wichtig, egal für welche Schulform. Möglich wäre seiner Meinung nach auch eine Nutzung durch eine andere städtische Einrichtung, z. B. der Uni-Klinik oder der Musikschule. Dort wird auch ausgebildet und für das städtische Gebäude bräuchte keine Miete gezahlt werden. **Herr Krüger** weist darauf hin, dass die Ausbildung der Krankenhäuser aus der kommunalen Ausbildung herausgelöst wurden.

**Stadtrat Canehl** weist darauf hin, dass nicht nur die Situation der Grundschulen, sondern auch der Gemeinschaftsschulen betrachtet werden muss.

Hier ist Vorsorge für beide Schulformen zu treffen. Die Entscheidungen zur Moldenstraße müssen jetzt mit eigenen Haushaltsmitteln getroffen werden. Die Dauer ist viel zu lange.

**Herr Prof. Puhle** merkt an, dass die Kapazitäten insgesamt für die Gemeinschaftsschulen absolut ausreichend sind. Der **BSS** beauftragt die Verwaltung, bis zur Septembersitzung einen Nutzungsvorschlag für das Gebäude Moldenstraße vorzulegen.

**Stadtrat Schindehütte** findet es ebenfalls wichtig, dass sich auch die Zahlen der Gemeinschaftsschulen und der Gymnasien angesehen werden, wenn die Zahlen für die Grundschulen vorliegen.

## 10. Zusammenarbeit STER mit Verwaltung und Ausschuss

---

**Die Verwaltung** weist auf den vorliegenden Brief des Stadtelternrates und die Beantwortung des Fachbereiches 40 hin. Leider hat die Volksstimme nur den Brief des STER und nicht die Antwort der Verwaltung berücksichtigt.

**Herr Hubold, STER**, erläutert, dass u. a. seit einem halben Jahr um eine Internet-Seite gekämpft wird. Das von ihm im FB 40 vorgelegte Angebot einer Firma wurde abgelehnt. **FB 40** merkt an, dass das Angebot überteuert war und außerdem drei Vergleichsangebote eingereicht werden müssen.

**Herr Hubold** kritisiert außerdem die Praxis der Fahrkostenerstattung. Im Moment ist es so, dass Fahrkarten im Fachbereich zur Verfügung gestellt werden und abgeholt werden müssen. Das ist für arbeitstätige Mitglieder des STER nur sehr eingeschränkt möglich. Für ihn macht eine pauschale Abrechnung, auch für die Nutzung des eigenen Pkw, mehr Sinn. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Arbeit des STER so nicht mehr im bisherigen Umfang möglich ist.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Schindehütte** führt **Frau Andrae** aus, dass sie bezüglich des von ihm angesprochenen Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Nutzung von Privat-Pkws von Elternvertretungen recherchieren wird.

**Stadtrat Mewes** fragt nach, wie es sich mit der Bereitstellung von Kopierpapier und Druckerpatronen verhält. Die Verwaltung informiert, dass diese durch den Fachbereich 40 bereitgestellt werden.

**Stadtrat Kräuter** ist der Meinung, dass die Abforderung der Materialien und Fahrscheine durch den FB 40 gegeben ist. Für die gesetzliche Grundlage ist das Land zuständig. Wenn die Gesetzesgrundlage mehr nicht zulässt, kann die Verwaltung nicht eigenmächtig handeln.

**Stadtrat Canehl** kann die Situation des Stadtelternrates nachvollziehen. Bei den meist berufstätigen Eltern ist der Zeitaufwand für die „Besorgungen“ beim Amt zu hoch. Er ist für die Aufstockung der Summe im Haushalt für den STER auf 2.500 EUR. Derzeit stehen dem STER 500 EUR pro Jahr zur Verfügung.

**Der Vorsitzende** fragt Herrn Hubold, in welcher Höhe Geschäftskosten für den STER pro Jahr anfallen.

**Herr Hubold** merkt an, dass das Schulgesetz festlegt, dass die Geschäftskosten zu erstatten sind. Die Höhe kann pauschal nicht benannt werden.

**Stadtrat Mewes** merkt kritisch an, dass der STER nicht an der Bildungskonferenz teilgenommen hat. Er bittet den STER darum, für das Jahr 2018 einen aussagekräftigen Finanzplan vorzulegen; danach ist eine erneute Diskussion im BSS vorzusehen.

**Herr Hubold** informiert abschließend, dass das Geld für dieses Jahr schon ausgeschöpft ist.

**Der Vorsitzende** fasst zusammen:

Der Stadtelternrat stellt eine Auflistung mit dem Finanzbedarf für 2018 zusammen. In der Haushaltsdiskussion für 2018 ist analog den GWA's zu versuchen, Gelder in den Haushalt einzustellen – abrechenbar und gesetzeskonform. Danach ist im BSS das Thema noch einmal zu beraten.

---

 11. Informationen
 

---

 11.1. Erinnerungstafel für die Hermann-Gieseler-Halle  
 Vorlage: I0152/17
 

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

 11.2. Information zur Erstattung der Fahrtkosten für Magdeburger  
 Schulen - I0148/17
 

---

**Frau Richter** räumt ein, dass leider versäumt wurde, die Information auf die Tagesordnung des BSS vor der Beratung im Stadtrat zu setzen.

Die Information wird erneut auf der Sitzung des BSS am 15.08.17 beraten.

---

 12. Verschiedenes
 

---

**Der BSS** beauftragt das KGm mit einer Aufstellung, wie viele Unterrichtsräume an jeder Schule vorhanden sind.

Bezüglich zweier Härtefälle der „Thomas-Mann-Schule“ und der Anfrage von **Stadtrat Schindehütte** hat die Verwaltung dazu Rücksprache mit dem Schulleiter der Thomas-Mann-Schule genommen. Er hat bestätigt, dass zum Zeitpunkt der Prüfung der Härtefallanträge die Kapazität erschöpft war (53 Anmeldungen und 3 Wiederholer zur Entscheidung in der Klassenkonferenz waren registriert = 56 Schüler/2 Klassen). Eine andere Aussage ist bei Anfragen durch ihn nicht erfolgt.

**Der Vorsitzende** verabschiedet **Herrn Krüger** ganz herzlich in den Ruhestand und bedankt sich im Namen aller Ausschussmitglieder für die konstruktive Zusammenarbeit und wünscht alles Gute und Gesundheit!

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Bernd Heynemann  
 Vorsitzender

Diana Dreyer  
 Schriftführerin